

# MIT LIBERALEN IDEEN AUS DER KRISE

**Schluss mit grün-schwarzem Stillstand.  
Nutzen wir die verbleibenden Monate.**

**#Schlusspurtjetzt**

**FDP/DVP Fraktion**   
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

die grün-schwarze Koalition konnte lange ohne große Anstrengungen regieren. Der jederzeit mögliche Griff in eine prall gefüllte Steuerkasse und ausbleibende große äußere Krisen forderten keine hohe Regierungskunst. Wir brachten als FDP/DVP Fraktion viele Verbesserungsvorschläge und Initiativen ein, die sich im Nachhinein als richtig erweisen sollten, aber der Gestaltungswille war bei Grünen und CDU kaum vorhanden. Spätestens mit der Corona-Krise hat sich das schlagartig geändert.



Sie und die meisten Menschen im Land müssen erfahren, dass es in den nächsten Wochen und Monaten um die entscheidende Frage geht, wie wir in Baden-Württemberg den Wohlstand erhalten und Perspektiven für die 20er Jahre schaffen und erhalten. Standen in den letzten Monaten einer Regierungszeit in der Vergangenheit Wahlkampf und Wahlgeschenke im Mittelpunkt, können wir uns das gerade jetzt nicht leisten. Der Wirtschaftsstandort, die Bildungssituation, die Frage der Staatsfinanzen und die Innere Sicherheit sind Beispiele für Bereiche, in denen wir jetzt die richtigen Maßnahmen brauchen. Sonst sehen die kommenden Jahre düster aus.

In dieser Broschüre zeigen wir auf, welche Forderungen wir seit 2016 vorgebracht haben. Aber es geht um mehr als das. Wir wollen damit appellieren, dass es gerade jetzt und in den kommenden Wochen und Monaten kluge und richtige Entscheidungen braucht, und deutlich machen, wo wir besonderen Handlungsbedarf für die Zukunft sehen. Es ist die Zeit der politischen Anstrengung. Nur so können wir es schaffen, gemeinsam mit Ihnen in der momentanen Krisensituation Chancen für das kommende Jahrzehnt zu entwickeln. Hoffnung braucht Mut – diese Erkenntnis leitet uns gerade in der jetzigen Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Hans-Ulrich Rülke".

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Fraktionsvorsitzender

### Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart  
Telefon: 0711 2063-918  
E-Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de)  
[www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

ViSdP: Niklas Junkermann

Stand: 24.08.2020

### Bildnachweise

Titel: ©iStock.com/Ja\_inter

©Dr. Timm Kern

©flaticon.com/Freepik / ©flaticon.com/Smashicons / ©flaticon.com/Pixel perfect / ©flaticon.com/prettycons

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.



## Freie Demokraten im 16. Landtag: Reformkraft mit Profil und parlamentarischer Tradition

Der Liberalismus hat in unserem Land eine lange, bis ins Jahr 1864 zurückgehende Tradition. Dabei ging die Demokratische Volkspartei (DVP) im Jahre 1948 in der auf Bundesebene neu gegründeten Freien Demokratischen Partei (FDP) auf. Deshalb nennen sich die südwestdeutschen Liberalen auch heute noch FDP/DVP und führen die Bezeichnung in ihrem Namen weiter. Unter diesem Namen gehören wir dem baden-württembergischen Landtag als Fraktion seit seinem Bestehen an.

Unverwechselbar sind die Grundsätze unseres Handelns in allen Jahrzehnten: Ein funktionierender Rechtsstaat und Bürgerrechte bleiben für uns der Garant der Freiheit.

Leistung und Vielfalt machen in unserem Bildungssystem die Köpfe fit und schaffen Chancen für jeden. Wir sind uns bewusst, dass Erfindergeist und Wirtschaftskraft die Grundlagen unseres Wohlstands sind. Die Mischung aus Tüchtigkeit, Weltoffenheit und vielen regionalen Eigenheiten macht das Land stark.

Wir stellen uns immer neu die Frage, wie Baden-Württemberg noch besser wird. Wie es lebenswerte Heimat, interessanter Ort für Ideen und Freiraum für eigene Pläne sein kann. Das machen wir in der Verantwortung als Landtagsfraktion, selbstbewusst gegenüber allen Regierungen und aufgeschlossen für die Anliegen der Menschen.

# DR. HANS-ULRICH RÜLKE

## Fraktionsvorsitzender

### Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren für die zentralen Herausforderungen unserer Zeit keine guten Lösungen vorgelegt. Stattdessen hat sie die Zeit sprudelnder Steuereinnahmen mit ideologischen Projekten verschwendet und hunderte von teuren Personalstellen in Ministerien geschaffen.

Mit Blick auf die Zukunft der Automobilindustrie zerstört ihre einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität Arbeitsplätze und ist bei einer echten Lebenszyklusbetrachtung kontraproduktiv für den Umweltschutz. Im Bereich der digitalen Infrastruktur jammert Ministerpräsident Kretschmann über die Beständigkeit der Funklöcher, statt den Netzausbau konsequent voranzubringen.

Innenminister Strobl präsentiert sich mit wiederholten Verschärfungen des Polizeigesetzes als Law-and-Order-Politiker. In der Realität schafft er es aber nicht, die Zahl der Polizeibeamten nachhaltig zu erhöhen und sie mit modernen Arbeitsmitteln wie Smartphones auszustatten. Durch seine Verschleppung von Reformen im Rettungsdienst ist er verantwortlich für die Nichteinhaltung von Hilfsfristen.

### Das muss jetzt angegangen werden:

Die Coronakrise verdeutlicht mehr denn je, wie wichtig eine seriöse Haushaltsplanung ist. Von der grün-schwarzen Landesregierung mit einer Rekordneuverschuldung bezahlte Wahlgeschenke müssen verhindert werden.

Wir brauchen für die Zukunft der individuellen Mobilität und des Automobilindustriestandorts Baden-Württemberg eine Abkehr von der Fokussierung auf die Elektromobilität und ein Bekenntnis zum umweltfreundlichen Verbrennungsmotor auf Basis von synthetischen Kraftstoffen, Wasserstoff und dem umweltfreundlichen Diesel, sodass individuelle Mobilität nicht zum Luxusgut wird. Gleichzeitig benötigt das Land eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit flächendeckender Breitbandversorgung, digitalen Dienstleistungsangeboten für Bürger und Unternehmen sowie einer guten IT-Ausstattung der Schulen und Behörden.

Die innere Sicherheit ist durch eine Verstärkung der Polizeiausbildung zu verbessern. Statt immer neuer Befugnisse brauchen wir ein Mehr an Rechtsdurchsetzung. So kann die Sicherheit tatsächlich verbessert werden, ohne die Rechte der Bürger weiter einzuschränken. Anlasslose Videoüberwachungen und die Einführung der Onlinedurchsuchung müssen verhindert werden.

Wahlkreis: 42-Pforzheim

Adresse:  
Zerrennerstraße 26  
75172 Pforzheim

☎ Wahlkreis: 07231 1555 467  
☎ Landtag: 0711 2063-924

✉ [hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de)

🌐 [www.hans-ulrich-ruelke.de](http://www.hans-ulrich-ruelke.de)  
📘 [uliruelke](#)  
📷 [uliruelke](#)  
🐦 [ruelke](#)



# DR. TIMM KERN

**Parlamentarischer Geschäftsführer und stv. Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Bildungspolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die gescheiterte Bildungsplattform „ella“ steht für den völlig unzureichenden Stand der Digitalisierung unserer Schulen. Auf hilfreiche Digitallösungen warten die Schulen bis heute. Bei der Lehrerfortbildung für digitale Bildung gab es bis zur Corona-Pandemie sogar Kürzungen. Und bei der Versorgung mit schnellem Internet tragen unsere Schulen im Ländervergleich zusammen mit Sachsen-Anhalt die rote Laterne!

Die Kultusministerin ist nicht in der Lage, neue Wege bei der Lehrgewinnung zu gehen. Trotz unserer Mahnungen hat sie es versäumt, die Eigenverantwortung der Schulen im Personalbereich zu stärken. Diese Entscheidungsfreiheit der Schulen wäre in der jetzigen schwierigen Situation eine große Hilfe.

Nach wie vor steht die Existenz der erfolgreichen Haupt-/Werkrealschulen auf dem Spiel. Die Gemeinschaftsschule ist immer noch gegenüber den anderen weiterführenden Schularten privilegiert. Zudem bewegen sich die hohen Sitzenbleiberquoten in den unteren Jahrgängen der Realschulen und Gymnasien insgesamt weiterhin auf dem zu hohen Niveau, auf das sie nach der überstürzten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung geschnellt waren.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir erwarten von Grün-Schwarz deutlich mehr Tempo bei der Digitalisierung der Schulen! Das umfasst den Anschluss ans schnelle Glasfasernetz, die notwendige digitale Infrastruktur, die Hard- und Software einschließlich digitaler Endgeräte für Lehrkräfte sowie eine Positivliste mit geeigneten, datenschutz- und datensicherheitskonformen Anwendungen. Eine Lehrerfortbildungspflicht für digitale Bildung würde den Staat zum entsprechenden Fortbildungsangebot verpflichten.

Mehr Eigenverantwortung im Personalbereich würde es den Schulen ermöglichen, ihren Bewerbern attraktive Angebote zu unterbreiten. Auch muss die unwürdige Praxis der Entlassung von Lehrern und Referendaren in die Sommerferien-Arbeitslosigkeit beendet und am Ziel des Klassenteilers 28 für alle Schularten festgehalten werden.

Zügig muss wieder eine verbindliche Grundschulempfehlung eingeführt werden. Die Privilegien der Gemeinschaftsschule müssen im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen abgeschafft werden. Grün-Schwarz muss auch den Widerstand gegen eine Stärkung der Haupt-/Werkrealschulen aufgeben, für die wir eine Weiterentwicklung zu „Beruflichen Realschulen“ vorgeschlagen haben.

**Wahlkreis: 45-Freudenstadt**

**Adresse:  
Schillerstraße 14  
72160 Horb am Neckar**

☎ **Landtag: 0711 2063-933**

✉ **info@timm-kern.de**

🌐 **www.timmkern.de**

📘 **KernTimm**

📷 **timmkern**

🐦 **timmkern**



# JOCHEN HAUSSMANN

**Stv. Fraktionsvorsitzender**

**Sprecher für Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Frauenpolitik**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge hätten vermieden werden können. Hunderttausende Euro-5-Dieselfahrer sind von den aktuellen Fahrverboten betroffen und leiden unter erheblicher Wertminderung ihrer Fahrzeuge. Die Corona-Krise hat offengelegt: Trotz erheblichem Rückgang des Verkehrs lagen die Stickoxid-Messwerte höher als zuvor.

Der weitere Ausbau des Schienenverkehrs stockt. Noch nie sind so viele Züge ausgefallen oder waren verspätet. Viel zu oft gibt es nur starre Angebote und außerhalb des Berufs- und Schülerverkehrs ist das Angebot unattraktiv. Hinzu kommt, dass über 400 Bahnhöfe im Land nicht barrierefrei sind.

Der Ärzte- und Pflegefachkraftmangel hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Die Ausbildung der Heilmittelerbringer (Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen) ist weiterhin kostenpflichtig, die Schulgeldfreiheit wie in anderen Bundesländern wurde nicht umgesetzt.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Flächendeckende und unverhältnismäßige Diesel-Fahrverbote müssen aufgehoben und synthetische Kraftstoffe vorgebracht werden. Für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und der Mobilität in Baden-Württemberg brauchen wir einen technologieorientierten Ansatz, der auch den Verbrennungsmotor und eine tiefgehende Wasserstoffstrategie beinhaltet. Darüber hinaus sind die Stärkung des ÖPNV, eine intelligente Verkehrsführung sowie innovative Konzepte weitere wichtige Mobilitäts-Bausteine.

Der Öffentliche Personennahverkehr muss umfassend digitalisiert und um moderne Angebote ergänzt werden. Insbesondere im ländlichen Raum und außerhalb der Hauptverkehrszeiten bieten sich interessante Möglichkeiten für Fahrten nach Bedarf an. Darüber hinaus setze ich mich für ein Sonderprogramm für den Ausbau der Barrierefreiheit ein.

Die pflegerische und ärztliche Versorgung und die Apotheke vor Ort sind wesentliche Standortfaktoren. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie gut sich die flächendeckende und hochwertige ambulante und stationäre Versorgung in Baden-Württemberg bewährt hat. Statt einer verpflichtenden Landarztquote für Medizinstudierende braucht es jetzt den Mut zu einem effektiven Bürokratieabbau im Gesundheitsbereich sowie neue Angebotsformen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

**Wahlkreis: 16-Schorndorf**

**Adresse:**

**Werkstraße 24**

**71384 Weinstadt-Endersbach**

☎ **Wahlkreis: 07151 5028 697**

☎ **Landtag: 0711 2063-921**

✉ **jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de**

🌐 **www.jochen-haussmann-fdp.de**

📘 **jochen.haussmann**

📷 **jochenhaussmann**

🐦 **jochenhaussmann**



# NICO WEINMANN

**Stv. Fraktionsvorsitzender**

**Sprecher für Forschungspolitik, Kulturpolitik, Rechtspolitik**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Neben zahlreichen Baustellen und weiteren Versäumnissen hat die Landesregierung den versprochenen Hochschulinvestitionspakt für den Neubau-, Sanierungs- und Investitionsbedarf nicht auf den Weg gebracht, obwohl die Hochschulen mittlerweile über einen milliardenschweren Sanierungsstau klagen.

Die Spitzenstellung des Landes bei den wissenschaftsgetriebenen Innovationen im Hochtechnologiebereich gilt es zu bewahren. Die Transparenzklausel dagegen unterminiert die wirtschaftsnahe Forschung. Besser wäre es, die finanzielle Ausstattung des Erfolgsmodells Innovationsgutscheine für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auszubauen.

Auch die Digitalisierung im Justizbereich läuft zu schleppend an, eine fehlende Abstimmung zwischen den Ländern hemmt zudem. Wenig ambitioniert ist es, die flächendeckende Einführung der E-Akte frühestens für 2026 vorzusehen. Hinzu kommen regelmäßig technische Mängel und eine unzureichende Abstimmung mit der polizeilichen Ermittlungsakte. Die digitale Verfahrensbeschleunigung – von der Anzeigenaufnahme bis zum Gerichtsurteil – verdient eine stärkere Motivation.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Es sollte eine umfassende, hochschulübergreifende Digitalisierungsoffensive gestartet werden, um die Chancen der Digitalisierung im Bereich der Lehre und des Campus-Managements zu nutzen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Digitalisierung an den Hochschulen lange Zeit verschlafen wurde und längst nicht ausreichend fortgeschritten ist.

Eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes, die endlich das Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausbaut, die optionale Bauherreneigenschaft der Hochschulen ermöglicht, die Transparenzklausel abschafft und auch die Herausforderungen der neuen Umsatzsteuerpflicht im Rahmen von Hochschul-Kooperationen berücksichtigt, steht noch aus.

Schließlich müssen wir allen Arten von Extremismus gleichermaßen entschlossen entgegengetreten. Die personelle Verstärkung der Sicherheitsbehörden kommt bislang weitgehend dem Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Bei allen richtigen und gebotenen Anstrengungen an dieser Stelle dürfen aber der immer militanter agierende Linksextremismus und der Islamismus nicht vernachlässigt werden.

**Wahlkreis: 18-Heilbronn**

**Adresse:  
Heidelberger Straße 90 B  
74080 Heilbronn**

☎ **Wahlkreis: 07131 7453 580**

☎ **Landtag: 0711 2063-9106**

✉ **nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de**

🌐 **www.nico-weinmann.de**

📘 **weinmann.nico**

📷 **nico.weinmann**

🐦 **weinmann\_nico**



# STEPHEN BRAUER

Sprecher für Finanzpolitik und Hochschulpolitik

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Über Jahre stiegen die Steuereinnahmen im Land. Anstatt die immensen Schulden zu tilgen, wurden die Einnahmen für konsumptive Zwecke ausgegeben und der Spielraum im Landeshaushalt immer geringer. Eine strukturierte Aufgabenkritik fand durch die Landesregierung nie statt. Stattdessen wurden die sprudelnden Steuereinnahmen verteilt, ohne sich zu überlegen, wie die Ausgabensteigerungen in schlechteren Zeiten noch finanzierbar sein sollen. Jetzt sind die schlechten Zeiten da! Der Landesregierung fehlt für diese Situation leider jedes Konzept.

Wohnen wird immer teurer. Der Mangel an Wohnraum und die steigenden Immobilienpreise sind drängende Probleme – insbesondere für junge Familien. Grüne und CDU haben es versäumt, die Menschen beim Erwerb von Wohneigentum zu entlasten, nachdem Grüne und SPD die Grunderwerbsteuer sogar noch erhöht hatten. Damit spitzte sich die Lage am Wohnungsmarkt weiter zu. Es ist längst überfällig, dass sich hier etwas tut.

Die vollmundig angekündigten Maßnahmen zum Bürokratieabbau an unseren Hochschulen wurden nicht umgesetzt. Entlastung? Fehlanzeige! Die grün-schwarze Landesregierung hat den Hochschulen sogar noch mehr Aufgaben aufgehäuft, die sie aus ihrem knappen Budget stemmen sollen.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Die Grunderwerbsteuer muss von 5% auf 3,5% gesenkt werden.

Für die besonderen Bedürfnisse der kleinen Hochschulstandorte muss die Landesregierung endlich tragfähige finanzielle Lösungen finden. Kommunen und Unternehmen sind hier in Vorleistung gegangen, um dem Fachkräftemangel abseits der Ballungsräume entgegenzuwirken. Dies darf kein Dauerzustand sein!

Ein Digitalisierungsschub für die Hochschulen wäre auch schon vor der Corona-Krise nötig gewesen. Digitalisierung an Hochschulen erstreckt sich dabei auf die Verwaltungsebene und auf die Digitalisierung der Lehre. Dass diese stiefmütterlich behandelt wird, sieht man bei einem Blick über die Landesgrenze. Die Virtuelle Hochschule Bayern bietet nicht nur Online-Vorlesungen an, sondern ermöglicht es den Studierenden auch, Studienleistungen in diesem Format zu erbringen.

Wahlkreis: 22-Schwäbisch-Hall

Adresse:  
Roßfelder Str. 65/5  
74564 Crailsheim

☎ Wahlkreis: 07951 4691 550

☎ Landtag: 0711 2063-929

✉ [stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de](mailto:stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de)

🌐 [www.stephen-brauer.de](http://www.stephen-brauer.de)

📘 [Brauer.Stephen](#)

📷 [stephenbrauerfdp](#)



# RUDI FISCHER

Sprecher für Haushaltspolitik

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die Widersprüche beim Tier- und Verbraucherschutz konnte die grün-schwarze Landesregierung bisher nicht auflösen und steht vor einem Scherbenhaufen, was die Missstände in den Schlachthöfen angeht, die erst durch die Corona-Pandemie zu Tage kamen. Das massive Personal- und Vollzugsdefizit in der Veterinärverwaltung des Landes lässt die Koalition jedoch unangetastet.

Die Einrichtung eines Kulturlandschaftsrates, wie von den Landwirten im Volksantrag gefordert, darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn es geht um den notwendigen Schutz der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren verpasst, sich ein finanzielles Polster für Krisenzeiten zu schaffen. Die Regelungen der Haushaltsordnung hätten eine Tilgung von 6 Milliarden gefordert, durch einen Trick ist es nun nur knapp über eine Milliarde geworden. Dies hätte den Finanzierungsspielraum erweitert, der nun für die Bewältigung der Krise zur Verfügung gestanden hätte. So werden wir am Ende der Wahlperiode einen höheren Schuldenstand haben als am Beginn, trotz bester Steuereinnahmen.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Die Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Artenschutzes darf man nicht allein bei den Landwirten suchen. Mit der Zunahme an Vorgaben und Verpflichtungen wird die hiesige Urproduktion weiter unter Druck gesetzt, wobei längst die Sorge um geeignete Hofnachfolger grassiert. Die in Förderprogrammen der Landesregierung vorgesehene Bevorzugung des Ökolandbaus muss korrigiert werden.

Das starre Nachtangelverbot muss fallen und das Mindestalter für den Jugendfischereischein von 10 auf 7 Jahre herabgesetzt werden.

Die nun durch den Corona-Lockdown ausgelösten Steuerausfälle dürfen nicht durch eine entsprechende Schuldenaufnahme aufgefangen werden! Die Landesregierung muss, wie jede Kommune und jeder private Haushalt auch, eine Haushaltskonsolidierung durchführen, um eine nahezu uferlose weitere Kreditaufnahme zu vermeiden. 12 Milliarden Euro Schuldenaufnahme in diesem Jahr ist nicht zu akzeptieren.

Wahlkreis: 61-Hechingen-Münsingen

Adresse:  
Bei der Ziegelhütte 3  
72555 Metzingen

☎ Landtag: 0711 2063-917

✉ rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de

🌐 www.rudi-fischer.de

📘 mdlrudifischer

📷 mdlrudifischer



# PROF. DR. ULRICH GOLL

Sprecher für Innenpolitik und Medienpolitik, Strafvollzugsbeauftragter

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Wir haben heute weniger Polizisten auf der Straße als zu Beginn der Legislaturperiode. Die Einstellungsoffensive bei der Polizei hat die FDP/DVP Fraktion bereits 2015 gefordert. Innenminister Strobl hat aber erst im Jahr 2018 erstmals zusätzliche Polizeianwärter eingestellt, die jedoch zunächst eine dreijährige Ausbildung durchlaufen müssen.

Die Sachausstattung der Polizei ist unzureichend. Rund 10 Polizisten teilen sich ein dienstliches Smartphone. Anzeigenaufnahmen erfolgen häufig von Hand und müssen später im Revier erneut manuell eingegeben werden. Auch die Versorgung der Polizeireviere mit schnellem Internet ist angesichts wesentlich größerer Datenübertragungen infolge der Digitalisierung unzureichend.

Zu oft werden gut integrierte Menschen, die seit geraumer Zeit arbeiten und Steuern zahlen, abgeschoben, während kriminelle Zuwanderer jahrelang im Land bleiben. Die für eine rasche Abschiebung dringend notwendige Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, etwa um die Maghreb-Staaten oder Gambia, haben die Grünen verhindert. Umgekehrt weigert sich die CDU, im Ermessenswege die Bleibeperspektive für arbeitende Asylbewerber zu verbessern.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir brauchen eine Mindestanzahl von Polizisten, die nicht unterschritten werden darf. Die Sicherheit der Bürger darf nicht von der Kassenlage abhängen. Deswegen muss man schon jetzt die Personalplanung langfristig ausrichten und frühzeitig Polizeianwärter in ausreichender Zahl einstellen und ausbilden.

Durch die Zusammenarbeit mit den Kommunen muss die Kriminalprävention gestärkt werden. Dazu gehört auch die Einführung von Häusern des Jugendrechts in jedem Land- und Stadtkreis. Durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Jugendämtern und Staatsanwaltschaft unter einem Dach und enger Einbindung der Gerichte wird schneller und konsequenter gegengesteuert, wenn Jugendliche auf die schiefe Bahn geraten.

Die Politik muss die Lehren aus der Covid-19-Pandemie ziehen und den Katastrophenschutz verbessern. Unter Nutzung digitaler Mittel müssen dauerhaft ausreichend Reserven zum Schutz der Bevölkerung bereitstehen. Zudem sollten ehrenamtliche Strukturen, wie sie seit Jahrzehnten im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr bekannt und bewährt sind, auf den Katastrophenschutz übertragen werden.

Wahlkreis: 15-Waiblingen

Adresse:  
Werkstraße 24  
71384 Weinstadt-Endersbach

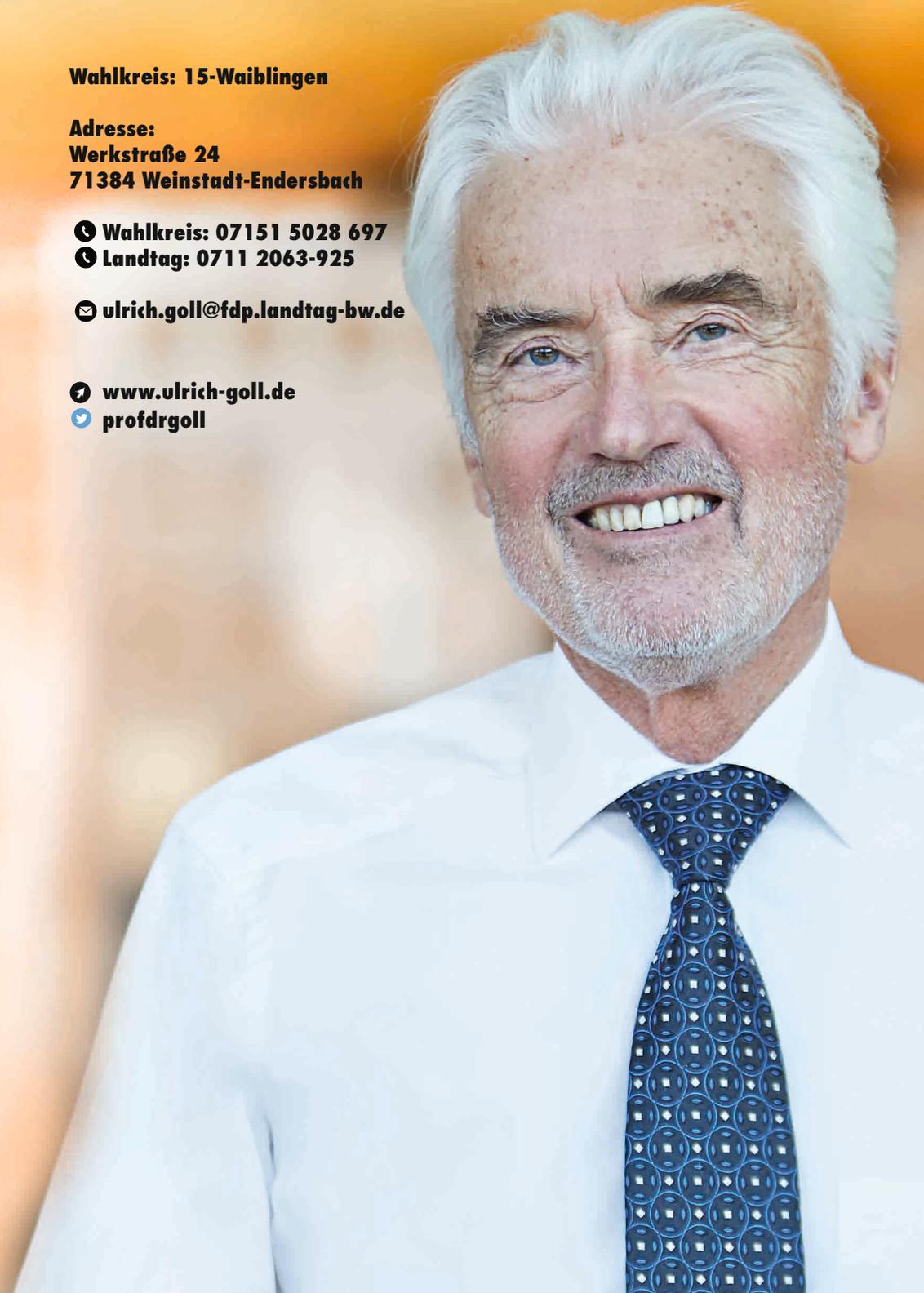
☎ Wahlkreis: 07151 5028 697

☎ Landtag: 0711 2063-925

✉ [ulrich.goll@fdp.landtag-bw.de](mailto:ulrich.goll@fdp.landtag-bw.de)

🌐 [www.ulrich-goll.de](http://www.ulrich-goll.de)

🐦 [profdrgoll](#)



# KLAUS HOHER

**Sprecher für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die gebrochenen Versprechen häufen sich, wenn man an den eigentumsfeindlichen Gewässerrandstreifen nach dem Wassergesetz, die Streichung des landesgesetzlichen Grünlandumbruchverbotes, die Abschaffung des Tierschutzverbandsklagerechts, die Überarbeitung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes oder die Modernisierungen im Fischereigesetz denkt.

Erleichterte Genehmigungsverfahren und schnelle finanzielle Unterstützung für Waldbesitzer sind überfällig, denn im dritten Jahr in Folge ist die Trockenheit ein echter Stresstest für den Forst.

Die Beruflichen Schulen sind seit Jahren von Lehrermangel und Unterrichtsausfall betroffen. Grün-Schwarz hat es versäumt, neue Wege bei der Lehrgewinnung zu gehen und so die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

Viele Sportvereine können keine überregionalen Wettkämpfe ausrichten, weil die Sportstätten nicht dem Standard entsprechen. Eine geplante Förderung des Baus überregional bedeutsamer Sportstätten wurde doch nicht in den Haushalt aufgenommen. Auch für die Sanierung von Schwimmbädern hat Grün-Schwarz nichts aufgewendet.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Das Jagdrecht muss nachgebessert werden und starre Schonzeiten sollten flexiblen Lösungen weichen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Bestand an Rehen und Wildschweinen im Rahmen zu halten, Biber und Wolf müssen endlich ins Jagdrecht aufgenommen werden.

Der grün-schwarze Irrweg des Biodiversitätsstärkungsgesetzes muss verlassen werden, da es viel zu einseitig die heimische Landwirtschaft in die Pflicht nimmt.

Wir erwarten von Grün-Schwarz, endlich die Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl und -entwicklung zu stärken, damit vor allem auch die Beruflichen Schulen möglichen Bewerbern attraktive Angebote machen können. Die Landesregierung muss das versprochene Programm zur Förderung des Baus überregional bedeutsamer Sportstätten angehen. Dies darf jedoch nicht zulasten anderer Vorhaben im Solidarpakt Sport gehen, sondern muss zusätzlich aufgelegt werden. Dasselbe gilt für das von uns beantragte und von Grün-Schwarz bisher abgelehnte Anreizprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro für die Sanierung von Lehrschwimmbädern.

**Wahlkreis: 67-Bodensee**

**Adresse:  
Spießhalden 4  
88682 Salem (Mittelstenweiler)**

☎ **Wahlkreis: 07544 9679 922**

☎ **Landtag: 0711 2063-9102**

✉ **klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de**

🌐 **www.klaus-hoher.de**

📘 **klaushoherfdp**

📷 **klaus\_hoher\_md**



# DANIEL KARRAIS

**Sprecher für Energiewirtschaft, Digitalisierung, Naturschutz  
und Bundeswehr**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die grün-schwarze Landesregierung betreibt eine ideologisch gefärbte Energiepolitik, die den wahren Stärken unseres Landes nicht gerecht wird. Dies führt zu Stromkostensteigerungen und Steuermittelsverschwendung. Stattdessen brauchen wir eine echte Technologieoffenheit und Investitionen in die Bereiche, in denen unser Land am stärksten ist – Forschung und Innovation, Wasserstoff und Speichertechnologien.

Im Jahr 2016 kündigte Innenminister Strobl an, bis 2021 auch den „letzten Schwarzwaldhof an das schnelle Internet“ angebunden zu haben. Im bundesdeutschen Durchschnitt liegt Baden-Württemberg allerdings bei der Frage nach der Anzahl der Glasfaseranschlüsse auf dem vorletzten Platz. Auch die angekündigte Digitalisierung der Verwaltung bis 2022 wird voraussichtlich nicht erreicht.

Besonders die Reisebüros und Reiseveranstalter sind durch Corona betroffen, denn sie hatten nicht nur keinen Neumsatz, sondern mussten auch Gelder zurückzahlen sowie Stornovorgänge umsetzen. Die Landesregierung hat bis heute hier kein Hilfsprogramm geschnürt, sondern kalt auf den Bund verwiesen. Dieser kümmert sich aber mehr um die Großen, und die Kleinen vor Ort stehen im Regen!

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir brauchen eine marktwirtschaftliche und kosteneffiziente Energiewende. Dazu gehört echte Technologieoffenheit, die Verabschiedung von unerreichbaren Ausbauzielen für Windkraftanlagen sowie die Unterstützung des Netzausbaus von Nord- nach Süddeutschland. Ein auf alle Sektoren ausgeweiteter CO<sub>2</sub>-Emissionshandel hingegen setzt Anreize für neue Investitionen und einen effizienten Mitteleinsatz.

Wir brauchen endlich eine baden-württembergische Wasserstoffstrategie – ohne sie wird eine Energiewende und nachhaltige Mobilität nämlich nicht zu machen sein! Zwar haben auch die Bundesregierung und die Europäische Union dafür viel zu lange gebraucht, inzwischen aber immerhin ihre H<sub>2</sub>-Konzepte vorgelegt. Nur die grün-schwarze Landesregierung braucht noch länger.

Was wir dringend brauchen, ist der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur. Schnelles Internet heißt für uns Gigabit. Die Verwaltung muss sich der Lebenswirklichkeit der Menschen und Unternehmen anpassen. Digitale Behördengänge müssen Standard werden. Damit ließe sich viel Wartezeit einsparen und Bürokratie durch Automatisierung abbauen.

**Wahlkreis: 53-Rottweil**

**Adresse:  
Hochbrücktorstraße 14  
78628 Rottweil**

☎ **Wahlkreis: 0741 94245 020**

☎ **Landtag: 0711 2063-9101**

✉ **daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de**

🌐 **www.daniel-karrais-mdl.de**

📘 **karrais.fdp**

📷 **danielkarrais**

🐦 **DanielKarrais**



# JÜRGEN KECK

**Sprecher für Sozialpolitik, Obmann im Petitionsausschuss**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die Barrierefreiheit ist nicht nur für Menschen mit Behinderung von großer Bedeutung, sie nützt allen. Nach geltendem Recht muss der Öffentliche Personennahverkehr bis Jahresanfang 2022 barrierefrei gestaltet sein. Doch wie ist die Situation bei uns? Es fehlt ein durchfinanziertes Konzept, wie die Barrierefreiheit erreicht werden kann.

Die Herausforderungen für die Pflege der Zukunft werden immer größer. Es fehlen Pflegekräfte und die Frage der Finanzierbarkeit wird immer drängender. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtags wären eine hervorragende Richtschnur gewesen. Was fehlt, ist eine konsequente Umsetzung mit den Partnern vor Ort, damit die Bedingungen in der Pflege endlich besser werden.

Die Integration wird immer mehr zur drängenden Aufgabe. Das zeigen die teilweise tumultartigen Szenen in den Großstädten. Es gibt viele gute Angebote, wie Integrationsmanager und Integrationsbeauftragte. Und es gibt ermutigende Beispiele. Was fehlt, ist der richtige Umgang mit Integrationsverweigerern.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir brauchen einen attraktiven ÖPNV und pünktliche Züge. Die Barrierefreiheit muss zur Selbstverständlichkeit werden, vor allem auch im Ländlichen Raum. Es gibt noch viel zu viele Bushaltestellen, Bahnhöfe und auch Fahrzeuge, die diesen Ansprüchen nicht gerecht werden. Auch Gebäude müssen barrierefrei werden.

Die Pflege der Zukunft muss zentrales Handlungsfeld der Landespolitik werden. Dabei geht es nicht nur um bessere Bezahlung, sondern um die Arbeitsbedingungen und Wertschätzung. Auch Wohnraum wird immer mehr zu einer sozialen Frage. Die Umsetzung der generalistischen Ausbildung in den Pflegeberufen kann nur gemeinsam mit den Partnern gelingen. Ebenso die Weiterentwicklung der Wohnformen nach den Interessen der Betroffenen und ihrer Angehörigen.

Der bisherige Pakt für Integration des Landes mit den Kommunen muss weiterentwickelt werden, damit er auch auf unbequeme Fragen Antworten geben kann. Es gibt schon vielfältige Integrationsmöglichkeiten. Leider gibt es aber auch negative Entwicklungen. Solche Verweigerungen der Integration müssen wirksam sanktioniert werden. Ich werbe deshalb für eine „Werkstatt Integration“, die schlüssige und intelligente Lösungen entwickelt und damit populistischen Tendenzen den Nährboden entzieht.

**Wahlkreis: 56-Konstanz**

**Adresse:  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart**

☎ **Wahlkreis: 0160 92913 731**

☎ **Landtag: 0711 2063-9103**

✉ **juergen.keck@fdp.landtag-bw.de**

🌐 **www.juergenkeck.net**

📘 **Juergen.Keck.FDP**

📷 **keck.jurgen**



# GABRIELE REICH-GUTJAHR

Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Wohnungsbaupolitik

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Die Landesregierung hat der Transformation unserer Schlüsselindustrie Automobilbau mit der Reduzierung des Blicks auf den Diesel als Umweltsünder einen Bärendienst erwiesen. Sie setzt einseitig auf die Elektromobilität und steht echter Technologie-offenheit im Wege. Zudem wurden zu wenig Anreize für die Digitalisierung und neue Mobilität gesetzt.

Zu wenig und folglich zu teurer Wohnraum ist nach wie vor eine der großen Herausforderungen in Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat dieses Problem durch ihre Regulierung verschärft und Investoren abgeschreckt, auch weil Flächen durch das Ziel der grünen Netto-Null beim Flächenverbrauch knapp sind. Die Wohnraumoffensive der Landesregierung und der Fördertopf von rund 1 Milliarde Euro haben das Problem nicht entschärft. Bezahlbarer Wohnraum bleibt knapp.

Umweltpolitik und Wirtschaftsförderung werden von der Landesregierung nicht zusammenhängend gesehen. Kluge Investitionen, eine bedachte Regulierung und gezielte Unterstützung können neue Umwelttechnologien in die Anwendung bringen. Diese können die Natur schützen und weltweit den Klimawandel stoppen und dabei neue Exportmärkte erschließen.

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir müssen Mobilitäts- und Energiewende zusammen denken und die industrielle Basis des Landes stärken: Künstliche Intelligenz mit Produkten/Technologien verknüpfen, Brennstoffzelle, Raumfahrt, Umwelttechnologien und Gesundheitsindustrie vorantreiben. Wir brauchen einen Kulturwandel, der Menschen Mut macht, Unternehmen zu gründen, und der Scheitern nicht stigmatisiert.

Wir brauchen eine Entschlackung von Bauvorschriften und einen Kampf gegen Überregulierung. Kleinteilige Stellplatzvorgaben, die Pflicht zur Fassadenbegrünung oder der Zwang zur Umstellung auf regenerative Energien im Erneuerbare-Wärme-Gesetz verteuern das Bauen, schrecken Investoren ab oder verhindern Modernisierungen. Investitionen und Innovationen dürfen nicht durch falsche Regulierung behindert werden.

Eine gute Abfallwirtschaft ist vor allen Dingen eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Diese muss zu einem echten Wertstoffmanagement weiterentwickelt werden. Dazu gehört ein Wertstoffgesetz im Bund sowie eine Standardisierung der stofflichen Zusammensetzung von Kunststoffen.

Wahlkreis: 2-Stuttgart II

Adresse:  
Weißenburgstr. 29  
70180 Stuttgart

☎ Wahlkreis: 0176 41828 299

☎ Landtag: 0711 2063-9104

✉ [gabriele.reich-gutjahr@fdp.landtag-bw.de](mailto:gabriele.reich-gutjahr@fdp.landtag-bw.de)

🌐 [www.reich-gutjahr.de](http://www.reich-gutjahr.de)

📘 [GReichGutjahr](#)

🐦 [reich\\_gutjahr](#)



# PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT

**Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau  
Sprecher für Europapolitik, Tourismuspolitik, Handwerk und Mittelstand**

## Das hat Grün-Schwarz nicht geschafft:

Als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau erlebe ich es immer wieder hautnah: Mittelstandspolitik spielt für die Landesregierung nur eine nachgeordnete Rolle. Durch die bislang prosperierende Weltwirtschaft konnte Grün-Schwarz jahrelang darüber hinwegtäuschen, nun zeigen sich in den Zeiten der Krise die großen Versäumnisse: Unterstützung bei der Digitalisierung, Transformation der Automobilindustrie oder Entlastung von Bürokratie sind sträflich vernachlässigt worden.

Nach monatelangem Drängen durch die FDP/DVP Fraktion hat die Landesregierung im April 2020 endlich eine Meisterprämie eingeführt und damit einen wichtigen Impuls für die Fachkräftesicherung geleistet. Leider ist sie dann aber auf halber Strecke stehen geblieben und gewährt diese nur für Handwerksberufe – andere Bereiche der Wirtschaft sind nach wie vor ohne Förderung. Hier zeigt sich, dass die Regierung es mit der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung nicht wirklich ernst meint.

Corona hat die Gastronomie und Hotellerie hart getroffen, Messebauer und Schausteller können immer noch nicht wirklich arbeiten. Die Landesregierung hat sich hier lange versteckt. An diesen Berufen hängen lebendige Innenstädte und kulturelle Errungenschaften, und sie wurden wochenlang links liegen gelassen!

## Das muss jetzt angegangen werden:

Wir brauchen endlich Entlastung der Unternehmen bei der Bürokratie – die Corona-Krise macht dies mehr als deutlich. Dazu gehört die Einführung einer Bagatellgrenze für die Kassenbonpflicht, die Abschaffung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge und eine Abschaffung des unnötigen Bildungszeitgesetzes.

Es ist Zeit für eine wirkliche Digitalisierungsprämie zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese wurde von der Landesregierung aber nur angekündigt. Die Wirtschaft braucht eine treffsichere und ausreichend finanzierte Hilfe, die schnell und unbürokratisch die digitale Transformation begleitet.

Die Landesregierung hat ein gespaltenes Verhältnis zum internationalen Freihandel. Es gibt weiter keine klare Aussage für eine Zustimmung zur Ratifizierung des CETA-Abkommens durch die Landesregierung. Dabei hat auch eine von uns angestoßene öffentliche Anhörung im Landtag viele haltlose Unterstellungen, die über dieses Abkommen kursierten, auflösen können. Und der Nutzen dieses Abkommens für die exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg ist unbestritten.

**Wahlkreis: 44-Enz**

**Adresse:  
Zerrennerstraße 26  
75172 Pforzheim**

☎ **Wahlkreis: 07231 5890 953**

☎ **Landtag: 0711 2063-9105**

✉ **info@erik-schweickert.de**

🌐 **www.erikschiweickert.de**

📘 **erikschiweickert**

📷 **erik.schiweickert**

🐦 **ErikSchweickert**



## DIE FRAKTION IN ZAHLEN



**12 Abgeordnete**



**647 Jahre Lebenserfahrung**



**747 Kleine Anfragen**



**26 eingebrachte Gesetzesentwürfe**



**718 gehaltene Reden**



**807 eingebrachte Anträge**



**30 Aktuelle Debatten**

## **FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg**

**Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart**

**☎ 0711 20 63-918**

**✉ post@fdp.landtag-bw.de**

**🌐 [www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)**

**📷 [fdpdvp\\_bw](https://www.instagram.com/fdpdvp_bw)**

**📘 [fdpdvpfraktion](https://www.facebook.com/fdpdvpfraktion)**

**🐦 [fdpdvpfraktion](https://www.twitter.com/fdpdvpfraktion)**